

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der der Abgeordneten Volker Schneider (Saarbrücken), Klaus Ernst, Dr. Lothar Bisky, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/9068 –**

Rente um vier Prozent erhöhen – Dämpfungsfaktoren abschaffen

A. Problem

Nach Ansicht der Antragsteller seien die Renten seit 2000 durch Eingriffe in die Rentenanpassungsformel und willkürliche politische Festsetzungen des aktuellen Rentenwerts um ca. 4 Prozent zu wenig erhöht worden. Die durch die Aussetzung des „Riester-Faktors“ erzielte Rentenanhebung von 1,1 Prozent zum 1. Juli 2008 sei viel zu niedrig, um diese Verluste auszugleichen und die Rentnerinnen und Rentner angemessen am wirtschaftlichen Fortschritt zu beteiligen. Deshalb müssten die Renten zum 1. Juli 2008 deutlich angehoben werden. Um die Rentnerinnen und Rentner wieder entsprechend der Einkommensentwicklung der Erwerbstätigen an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen und ein kontinuierliches Absinken der Renten auch zukünftig zu verhindern, müssten gleichzeitig die Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel abgeschafft werden.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden,

1. die Renten zum 1. Juli 2008 um 4 Prozent zu erhöhen,
2. die Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel umgehend abzuschaffen und die Rentenentwicklung wieder der Lohnentwicklung folgen zu lassen,
3. die gesetzliche Deckelung des Beitragssatzes aufzuheben und die Unternehmen wieder paritätisch an der Finanzierung einer Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente zu beteiligen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrages auf Drucksache 16/9068.

D. Kosten

Kostenüberlegungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/9068 abzulehnen.

Berlin, den 22. September 2008

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Vorsitzender

Irmingard Schewe-Gerigk
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk

I. Verfahren

1. Überweisungen

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/9068** ist in der 160. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Mai 2008 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen worden.

2. Votum der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss**, der **Haushaltsausschuss** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben in ihren Sitzungen am 4. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Ansicht der Antragsteller seien die Renten seit 2000 durch Eingriffe in die Rentenanpassungsformel und willkürliche politische Festsetzungen des aktuellen Rentenwerts um ca. 4 Prozent zu wenig erhöht worden. Die durch die Aussetzung des „Riester-Faktors“ erzielte Rentenanhebung von 1,1 Prozent zum 1. Juli 2008 sei viel zu niedrig, um diese Verluste auszugleichen und die Rentnerinnen und Rentner angemessen am wirtschaftlichen Fortschritt zu beteiligen. Deshalb müssten die Renten zum 1. Juli 2008 deutlich angehoben werden. Um die Rentnerinnen und Rentner wieder entsprechend der Einkommensentwicklung der Erwerbstätigen an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen und ein kontinuierliches Absinken der Renten auch zukünftig zu verhindern, müssten gleichzeitig die Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel abgeschafft werden. Zudem solle die gesetzliche Deckelung des Beitragssatzes aufgehoben werden und die Unternehmen seien wieder paritätisch an der Finanzierung einer Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente zu beteiligen.

III. Beratung und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 16/9068 in seiner 90. Sitzung am 4. Juni 2008 abschließend beraten.

Mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. wurde beschlossen, die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 16/9068 zu empfehlen.

Die Mitglieder der **Fraktion der CDU/CSU** führten aus, dass die Fraktion DIE LINKE. mit ihrem Antrag die Notwendigkeit der Reformpolitik der letzten Jahre zur nachhaltigen Sicherung des Alterssicherungssystems vollkommen ignoriere. Die Rentenanpassung orientiere sich an der

Lohnentwicklung. An diesem Grundsatz halte man fest. Um den besonderen Belastungen der Rentner in den letzten Jahren Rechnung zu tragen, habe man im Frühjahr eine Rentenanpassung in Höhe von 1,1 Prozent mit Wirkung ab 1. Juli 2008 beschlossen. Auf diese Weise hielten die Rentner Schritt mit der Entwicklung der Löhne, die durchschnittlich um 1,4 Prozent gestiegen seien. Mit ihrem allein populistischen Anliegen versuche die Fraktion DIE LINKE. lediglich ihre Konzeptlosigkeit in der Rentenpolitik zu verbergen.

Die Mitglieder der **Fraktion der SPD** machten deutlich, dass es keine Frage sei, dass die Rentner in den letzten Jahren von der Gesamtentwicklung abgekoppelt worden seien. Dem habe man versucht, Rechnung zu tragen, indem man den Riesterfaktor nun für zwei Jahre aussetze. Völlig offen im Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei die Finanzierung der Forderungen. Im Zweifel müssten dies die Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die Rentenversicherungsbeiträge bezahlen. Eine solche Abkopplung der Rentnentwicklung von der Lohnentwicklung sei in hohem Maße sozial ungerecht. Man werde den Antrag daher ablehnen.

Die Mitglieder der **Fraktion der FDP** kritisierten den Antrag. Dieser Vorschlag entbehre jeglichen Sinns für die Realität. Es sei doch schon jetzt abzusehen, dass die jetzigen jungen erwerbstätigen Beitragszahler die höchsten Beiträge zahlen werden und die niedrigsten Renten dafür bekommen. Dies sei so im Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz angelegt. Würden jetzt die Renten um 4 Prozent erhöht, würden die Beiträge weiter steigen. Irgendwann werde dann der Punkt kommen, dass die jungen Menschen den Generationenvertrag nicht mehr akzeptieren würden. So populistisch – wie mit diesem Antrag – könne man keine Rentenpolitik machen. Aus diesem Grunde lehne man den Antrag ab.

Die Mitglieder der **Fraktion DIE LINKE.** machten deutlich, dass die zum 1. Juli 2008 vorgenommene Rentenanhebung von 1,1 Prozent zu gering sei, um die Verluste aus dem Eingriff in die Rentenanpassungsformel aus den Jahren 2001 und 2004 auszugleichen und die Rentner angemessen am wirtschaftlichen Erfolg zu beteiligen. Zudem handele es sich bei der Rentenanpassung zum 1. Juli 2008 um ein Wahlgeschenk. Diese Rentenanpassung ändere nichts an dem grundlegenden Problem. Die Renten müssten wieder an die Lohnentwicklung angepasst werden.

Die Mitglieder der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** übten Kritik, dass die Fraktion DIE LINKE. die Renten stärker steigen lassen wolle als die Löhne und Gehälter. Die Löhne seien aber im letzten Jahr lediglich um 1,3 Prozent gestiegen, der Antrag sehe 4 Prozent vor. Dies sei unverantwortlich den Erwerbstätigen gegenüber. Zudem könne man die Renten nicht nach Gutsherrenart erhöhen. Man müsse zielgenauer vorgehen: Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeige, dass ein Zweipersonenhaushalt, in dem die älteste Person 65 Jahre und älter sei, 104,5 Prozent des verfügbaren durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens habe. Einem Alleinerziehenden mit einem

Kind unter drei Jahren stände im Gegensatz dazu nur 49,6 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung. Man lehne den Antrag ab.

Berlin, den 22. September 2008

Irmingard Schewe-Gerigk
Berichterstatlerin

